

# Arbeiter-Stimme

ALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

10 Nummern S 1.20 (Postumschlag) und Mark 1.20  
(Postumschlag)  
Österr. Sparkassen-Konto Nummer 119.471**(OPPOSITION)**Redaktion und Administration:  
XVI., Hyrtlgasse 19/4 Telefon R 80-9-58

15 Groschen

Februar 1930

4. Jahrgang. Nr. 51

## Arbeit und Brot!

**430.000 Arbeitslose und kein Ende.****Hungerlöhne der Betriebsarbeiter bei wachsender Teuerung.****Regierungsprogramm gegen die Arbeitslosigkeit:  
Beseitigung der Arbeitslosenversicherung.****Sozialdemokratie „kämpft“ gegen die Arbeitslosigkeit mit Bittgesuchen an die  
Rothschildregierung.****Nur durch Massenkampf Änderung möglich!  
Schafft überall Aktionskomitees!**

Es ist nicht wahr, daß den Arbeitslosen nicht geholfen werden könnte: Herr Schober mag bei seinem Chef Rothschild und dessen Freunden anknöpfen, die haben die Geldsäcke voll, da wäre spielend die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und eine Winteraushilfe zu holen.

Es ist nicht wahr, daß gegen die Arbeitslosigkeit nicht etwas Ernstes unternommen werden könnte. In Oesterreich ist Platz genug für produktive Arbeiten größten Maßstabs: für Ausbau der Wasserkräfte, Elektrifizierung der Bahnen, Ausbau der Straßen, Urbarmachung von Oedland und Innenkolonisation. In Oesterreich ist genug Kapital zu finden, um diese Arbeiten durch Jahre zu finanzieren. Die Kirche allein hat über eine Milliarde Schillinge im Vermögen und was die Habsburger noch hier haben ist nicht von Pappe. Die entschädigungslose Enteignung dieser Schmarotzersippe von 30.000 Köpfen würde Mittel für Jahre liefern, um einen großen Teil

der Arbeitslosen Arbeit und Brot zu schaffen, vielen Zehntausenden Acker geben, würde die Betriebsarbeiter vom Druck der Arbeitslosenarmee stark entlasten und eine wesentliche Steigerung der Reallöhne herbeiführen.

Ob die Arbeiter sich große oder kleine Ziele stecken — nichts ist zu erreichen durch die „Einsicht“ der Kapitalisten. Die Kapitalistenklasse sieht nur dann ein, daß die Arbeitslosen und die Betriebsarbeiter so nicht leben können, wenn sie einsehen muß, also durch Kampf. Kampf aber muß organisiert und vor allem Kampf muß gewollt sein!

Die Sozialdemokratie will nicht kämpfen, die Sozialdemokratie will nur eins: mit den Kapitalisten „mitarbeiten“.

Darum müssen die Massen selbst ihren Kampf organisieren. Darum müssen die Arbeiter in allen Betrieben, müssen die Arbeitslosen zusammen mit den Betriebsarbeitern überall Aktionskomitees schaf-

fen zur Organisation des Massenkampfes: gegen die Arbeitslosigkeit, für Brot und Arbeit, für höhere Arbeitslosenunterstützung, für Winteraushilfe, gegen die Teuerung, gegen die Massensteuern und Zölle, für höheren Reallohn, für den Siebenstundentag.

### Prokurist Schober.

Haus Rothschild, mit dem englischen Kapital durch und durch versippt, hat sein österreichisches Geschäft „erweitert“: Die „Boden“ ist verschluckt, die Kreditanstalt kontrolliert nun 2/3 der österreichischen Industrie, das heißt: beutet aus, plündert aus 2/3 der österreichischen Arbeiter und Mittelschichtler. Diese Geschäftserweiterung hat das Haus Rothschild bewogen den kapitalistischen Niederhaltungsapparat, genannt Republik Oesterreich, etwas deutlicher als bisher in die Hand zu nehmen. Haus Rothschild hat die Prokura für sein politisches Geschäft in Oesterreich Herrn Schober übertragen, der ihm seine Befähigung zum Niederhaltungsgeschäft am 15. Juli 1927 in Form von 90 Proletarierleichen bekräftigt hat. Haus Rothschild bezahlt auch die große Reklame die Herr Schober zum Himmel hebt als Retter des Geldsacks, pardon — des Vaterlands. . . . .

Hier die Rettungsarbeit des Rothschildprokuristen:

Bündnis mit Mussolini-Horthy. Bau einer strategischen Bahn, die auf dem kürzesten Wege Italien über Kärnten-Steiermark verbindend die militärische Umfassung Jugoslawiens ermöglichen soll.

Konkordat mit dem Papst: die Kirche in Oesterreich soll noch größere Macht und noch mehr Staatsgelder bekommen.

Parlamentarische Rettungsarbeit: Steuererleichterung für die „Wirtschaft“ — Steigerung der Massensteuern und Zölle; Sozialentlastung der „Wirtschaft“ — lies: Abbau der Arbeitslosenversicherung; „Antiferttergesetz“ — zur Senkung der Reallöhne und Beseitigung des Arbeiterschutzes; „Reform“ des Mieterschutzes — zur noch größeren Steigerung der Zinse; „Reform“ des Wahlrechts — lies: Wahlrechtsraub an den Arbeitern.

Außerparlamentarische Rettungsarbeit: Versammlungskampagne der Heimwehr gipfelnd im Aufmarsch vor dem Rathaus am 6. April mit der Losung „Ständerat!“, lies: Faschistische Diktatur! Zugleich fortlaufende schwarzgelbe Stimmungsmache von Kaiserhymne bis zu Erzherzogsbesuchen.

Ueber all dem Herumfuchteln mit dem Streuhorn der Anleihe, das vorläufig leer ist aber auf Kosten der Massen gefüllt werden soll mit erhöhten Tabak-, Bier-, Weinpreisen, Bahntarifen und Zöllen.

So schaut sie aus die Rothschild-Schobersche „Vaterlandsrettung“.

Und die Sozialdemokratie? Sie hat zunächst über den Julischlächter Schober gemault. Dann, als sie glaubte sich dadurch regierungsfähig zu machen, hat sie ihm die Stiefel geleckert. Da ihrer Koalitionsseh-

### Mörder Stalin!

**Stalin läßt den proletarischen Revolutionär Bljumkin  
geheim erschießen.**

Am 28. Dezember brachte die Kölnische Zeitung die Nachricht ihres Moskauer Berichterstatters, daß Genosse Bljumkin infolge geheimer Beziehungen zu Trotzky von der GPU erschossen worden sei. Die Versuche der Leninopposition Stalin zum Reden darüber zu bringen waren vergeblich. Nunmehr aber ist es bereits erwiesen: Stalin hat ihn im geheimen ermorden lassen!

Genosse Bljumkin war zuerst linker Sozialrevolutionär und hat als solcher 1917 das Attentat gegen den deutschen Botschafter Grafen Mirbach durchgeführt. Bald darauf aber erkannte er, daß nur der Kommunismus zur Freiheit führt, schloß sich der Russischen, Kommunistischen Partei an, vollbrachte Heldenleistungen im Bürgerkrieg und außerordentliche Leistungen im Kriegskommissariat unter Trotzky. Er hat niemals verschwiegen, daß er die Auffassungen der Links-Opposition teilt, seine Qualitäten, seine Leistungen waren jedoch so hervorragend, daß man ihn trotzdem an hervorragender Stelle in der GPU ließ.

Bljumkin hat den Genossen Trotzky in Konstantinopel aufgesucht. Er hat einen Brief Trotzky an die russischen Oppositionellen mitgenommen, worin Trotzky die Lügen Stalins widerlegt. Als Stalin davon erfuhr, ließ er kurzer Hand den der proletarischen Revolution so heldenhaft ergebenen Kommunisten Bljumkin im geheimen durch die GPU erschießen und hält den Mord auch jetzt noch geheim.

Der politische Sinn ist klar: das hochstaplerische Geschrei von der „Kollektivierung der Landwirtschaft“, vom „Kampf gegen die Kulaken“ stillt nicht den immer größeren Hunger der russischen Arbeiter. In den Tiefen der russischen Arbeiter sammelt sich immer größerer Groll gegen den stalinistischen Schwindelkurs. Nichts fürchtet Stalin mehr, als daß der Groll der Arbeiter das Ziel, die Richtung bekommt, die allein zur Rettung der proletarischen Revolutionären Sache in Rußland führen kann, die Losung: Reform der Partei! Nichts fürchtet der Zentrist so, wie die von Trotzky geführte Leninopposition, die proletarische Opposition. Darum gerade jetzt — auf der Spitze des gigantischen Hochstaplerkurses — greift Stalin zum Mord. Er hat Bljumkin ermordet, um die proletarische Opposition einzuschüchtern. Aber er hält den Mord geheim, damit die Arbeiter nichts merken. Sein Trug und Mord wird ihn nicht retten: die Stunde für Stalin und seine Klique, für den Stalinismus, diesen russischnationalen „Sozialismus“ naht!

An die kommunistischen Arbeiter aber richten wir die Frage: billigt ihr den Mord an dem proletarischen Revolutionär Bljumkin? Billigt ihr, daß die „Rote Fahne“ diese ungeheuerliche Tatsache verschweigt? Fordert, daß das ZK, daß die RF den Mord öffentlich begründe, fordere die Wahrheit vor der ganzen Arbeiterschaft, die Wahrheit offen, öffentlich!

Kommunistische Arbeiter! Rechnet ab mit den Schurken, die proletarische Revolutionäre morden!

sucht keine Erfüllung ward, beginnt sie gegen Schober wieder zu raunzen aber betont und bestätigt immer wieder ihre Bereitwilligkeit zur „Mitarbeit“, das heißt sie apportiert etwas knurrend aber im Wesen brav wie ein Pudel das was Rothschild braucht.

So können dank der Sozialdemokratie Schober-Seipel, Seipel-Schober ihren Rothschild kurs ent-

faltes, den Kurs des legalen Marsches zur faschistischen Diktatur, zur habsburgischen Restauration.

Und die Arbeiter? Noch folgen sie der sozialdemokratischen Pudelpolitik. Aber in der Tiefe der Massen hat der Selbstbesinnungsprozeß schon begonnen. Es gilt einen sichtbaren Kristallisationspunkt zu schaffen, um dies zu beschleunigen.

## Sozialdemokratischer „Kampf“ gegen die Arbeitslosigkeit.

Bravo Otto Bauer! Beinahe hätte er die Unvorsichtigkeit begangen, die Wahrheit zu sagen. Er hat wirklich recht, wenn er erklärt: „Die produktive Arbeitslosenfürsorge scheidet nur an dem Mut und dem Willen zum Handeln.“ Nur hätte er dazufügen müssen, daß es einzig und allein die Sozialdemokratische Partei ist, der es an Mut und Willen zum Handeln fehlt! Otto Bauer hat aber das Gegenteil gemeint, er wirft der Regierung Mut- und Willenlosigkeit vor. Gerade das Gegenteil ist richtig. Die Regierung hat gezeigt, daß es ihr an Mut- und Willenlosigkeit nicht fehlt, wenn es gilt, im Interesse ihrer Klasse — der kapitalistischen — zu handeln. War es nicht Mut und Tatwille des Seipel bis Schober, als sie am 15. Juli 1927 ihre bewaffnete Polizei gegen die so mächtig organisierte Arbeiterschaft in Aktion treten ließen, als sie den Mieterschutz durchlöcheren und die Verfassung unter Dach und Fach brachten? Wäre dies bei dem geringsten Widerstand der Sozialdemokratie überhaupt möglich gewesen? Niemals! Wem also fehlt der Mut und Wille zum Handeln?!

Welchen Mut und Willen zum Handeln bringt die Sozialdemokratie im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit auf? Hören wir einmal, was Bauer dazu sagt: „Die Wahrheit ist, daß sich die österreichische Industrie in einem Schrumpfungsprozeß befindet, ... eine Industrie, die auf die Versorgung eines großen zollgeschützten Marktes für fünfzig Millionen Menschen eingerichtet war, ist durch die Auflösung des alten Wirtschaftsgebietes auf die Versorgung eines kleinen Marktes von sechseinhalb Millionen reduziert worden, ... wir leben zweifellos im Zustand einer relativen industriellen Uebervölkerung.“ Pech, was wir haben, gerade in einem Lande leben zu müssen, welches an „Schrumpfungsprozeß“ und „industrieller Uebervölkerung“ leidet. Daraus gibt es nur eine „Rettung“, so meint Otto Bauer, den „Mut“ aufzubringen, es offen zu sagen, daß wir nur im „Anschluß an Deutschland“ oder in der „Schaffung eines einheitlichen Arbeitsmarktes mit dem Deutschen Reich“ „unsere Volkswirtschaft“ retten und die Arbeitslosigkeit eindämmen können. Nach Bauer liegt die Hauptursache der Wirtschaftskrise nicht im kapitalistischen System, sondern im „Schrumpfungsprozeß“, in der „industriellen Uebervölkerung“ und unsere „neue Zukunft“ liegt im „einheitlichen Arbeitsmarkt mit dem Deutschen Reich“. Bis zur Ueberleitung in diese „neue Zukunft“ werden die Gewerkschaften alles tun, — so schreibt der „Lebensmittelarbeiter“ — was im Interesse „einer Milderung der Arbeitslosigkeit, nicht nur im Interesse der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen, sondern auch (lies: in erster Linie) im Interesse der darniederliegenden kapitalistischen Volkswirtschaft gelegen ist“.

Nun, wie schaut es in der deutschen, nicht an „Schrumpfung“ leidenden Industrie aus mit der nach Bauer den „einheitlichen Arbeitsmarkt zu schaffen für uns die Rettung bedeutet“:

„Zwischen dem 20. und 25. Januar hat die Zahl der Erwerbslosen abermals eine scharfe Steigerung erfahren. An jedem Tage dieser Woche sind durchschnittlich 20.000 Arbeiter und Arbeiterinnen zur Entlassung gelangt. Insgesamt stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 2.140.000 auf 2.250.000. Dazu kommen noch über 200.000 Krisenunterstützte und über eine Million überhaupt nicht Unterstützte. Annähernd 3 1/2 Millionen, mit ihren Familien weit über zehn Millionen, sind Opfer der Arbeitslosigkeit.“

Für Bauer ist diese katastrophale Arbeitslosigkeit nur eine „konjunkturelle“. Die kapitalistische Volkswirtschaft ist in Gefahr, zeigt „Mut“ und „Willen zum Handeln“, um sie zu — retten. Wie sie die kapitalistische Volkswirtschaft zu retten versuchen, darüber lassen wir Otto Bauer selbst reden: „Was die Rationalisierung anlangt, so haben wir alle, insbesondere meine Freunde von den Freien Gewerkschaften, sehr oft die nicht leichte und nicht immer sehr populäre Arbeit zu erfüllen gehabt, den Arbeitern,

die über manche Rationalisierungsmaßregel erbittert oder durch sie beunruhigt waren, sie verständlich zu machen“....

Also dazu sind die freien Gewerkschaften da! Ihre Aufgabe besteht darin, die kapitalistische Volkswirtschaft zu retten. Kampf für die Erhöhung der Löhne, gegen Ueberstunden und Akkordschinderei, für die Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn, das sind ihnen nur noch „kommunistische Phrasen“. Gehört dazu nicht auch eine Portion Mut, in einem Atem von produktiver Arbeitslosenfürsorge zu sprechen, während sie gleichzeitig alles daran setzen, die mörderische kapitalistische Rationalisierung den Arbeitern, wie Otto Bauer sagt, „verständlich“ zu machen, die eine der Hauptursachen der großen Arbeitslosigkeit ist? Was ist das Ergebnis der Politik der unter sozialdemokratischer Führung stehenden freien Gewerkschaften? Hören wir was Janacek, der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, berichtet:

„Die Glühlampenindustrie hat früher Tausende von Arbeitern beschäftigt. Die Rationalisierung ist natürlich auch in diese Industrie eingedrungen und hat folgendes Resultat ergeben: Eine Firma hat im Jahre 1922 beispielsweise 990 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die in der Stunde je 288 Glühlampen produzierten. Durch die Rationalisierung und technische Umgestaltung ist es soweit gekommen, daß im Jahre 1926 nur noch 453 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren, die in der Stunde schon je 631 Glühlampen erzeugten. Im Jahre 1927 waren nur noch 231 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, aber es wurden in der Stunde je 1193 Glühlampen erzeugt.“

Der Arbeiterstand ist also auf ein Viertel gesunken und die Produktion auf das Vierfache gestiegen.

„Die Erzeugung von Rasierklingen ist ebenfalls eine Massenindustrie, die sich rationalisiert hat. Früher wurden bei dem Arbeitsprozeß, der Schneiden heißt, im Tage 32.000 Stück erzeugt, jetzt auf dem laufenden Bande 70.000. Früher beim Härten im Tage 12.000 bis 13.000 Stück, jetzt auf dem laufenden Bande 80.000, früher beim Polieren in der Stunde 50 Stück, jetzt 600 Stück, beim Schleifen früher 160 Stück in der Stunde, jetzt 240 Stück. Beim Ätzen der Klingen hat eine Person früher in der Woche 5.000 Stück erzeugt, jetzt in der Stunde 2000 Stück.“

Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter dazu? Insbesondere die Arbeitslosen, die sich von dieser Partei noch etwas erhoffen? Wer hat mehr „Mut und Willen zum Handeln“, die Bourgeoisie oder die Sozialdemokratie? Beide haben sie Mut. Die Sozialdemokratie, daß sie es noch wagen kann, von ihrem „Kampf“ gegen die Arbeitslosigkeit zu sprechen, während sie gleichzeitig alles unternimmt, um die kapitalistische Volkswirtschaft zu retten. Die Bourgeoisie, die im Budget für das Jahr 1930 einen Raub auf die Taschen des Proletariats von mehr als 900 Millionen Schilling mittelst der Steuern vorsieht, während der Zuschuß der Regierung zur Arbeitslosenversicherung nur ganze 9 Millionen, für Polizei, Gendarmerie aber über 152 Millionen Schilling ausmacht. Gehört für diesen Raubzug auf die Taschen des Proletariats kein „Mut und Wille zum Handeln“? Ganz gewiß! Die Kapitalisten haben Mut, wenn es um ihren Profit geht, die Sozialdemokratie aber ist die Partei der Kapitulation, wenn es um die Interessen der Arbeiter geht. Von der Sozialdemokratie haben die Arbeiter, haben insbesondere die Arbeitslosen nichts, aber schon gar nichts zu erwarten. Wirklich mit Erfolg gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen werden die Arbeiter erst dann imstande sein, wenn sie den Rettern der (kapitalistischen) Volkswirtschaft die Gefolgschaft versagen und mithelfen, die Grundlage für eine ernste revolutionäre Partei des Proletariats zu schaffen. Die Krise aber vollständig überwinden, die Arbeitslosigkeit beseitigen, werden wir weder durch „Anschluß an Deutschland“ noch durch die „Mehrheit im Parlament“, sondern nur durch den revolutionären Sturz der kapitalistischen Macht und die Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

## Weißer Terror in den Betrieben.

Sozialdemokratie kündigt schärfsten „Kampf“ an — sie wird ausgiebig von Terror reden.

Terror, brüllen sie in allen Gassen, die Unternehmer und ihre Heimwehrsippe und rufen: „Die Arbeiter in den Betrieben sind bedroht, rettet die Freiheit, heraus mit einem Schutzgesetz für die Freiheit der Arbeiter, heraus mit dem Antiterrorgesetz!“

Sie wollen nichts weniger als: Die Aufhebung der Kollektivverträge, die Auflösung der freien Gewerkschaften und die Vorherrschaft der Streikbrecher, der Heimwehrbanditen in den Betrieben. Das wollen sie zum Antiterrorgesetz erheben.

Reißt dir einmal die Geduld und packst du so einen Unternehmernknecht, der dir im Streik in den Rücken fällt etwas unsanft an, so sollst du unter ein

Ausnahmsgesetz gestellt und besonders „streng bestraft“ werden. Ja, du darfst solche Lumpen nicht einmal beschimpfen oder bedrohen, denn auch dafür soll mit „strengem Arrest“ vorgesorgt werden. Keinen höheren Lohn darfst du verlangen, selbst wenn alles teurer wird, zehn bis zwölf Stunden täglich intensivster Arbeit wollen sie dir aufzwingen, nicht streiken darfst du und schön artig in trauter Gemeinschaft mit den Hahnenschwanzlumpen sollst du beisammen sein müssen. So wollen es die „Antiterror“-Kapitalisten

Für gesetzlichen Mindestlohn, Achtstundentag oder Urlaubsregelung, Kollektivverträge, ist im „Antiterrorgesetz“ auch „vorgesehen“, aber nur dann, wenn

„bestimmte“ Berufsvereinigungen, nicht ausgeschlossen sind. Das heißt: Kollektivverträge haben nur dann Gültigkeit, wenn der Unternehmer mit seinen Soldknechten, dem Streikbrechergesindel, sie billigen.

Diese „Antiterroristen“ verlangen das Verbot des Abzugs von Gewerkschaftsbeiträgen. Das ist der erste Schritt. Später wollen sie die Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft selbst als ungesetzlich erklären. Was aber sagt die Sozialdemokratie dazu, vor allem aber die Führer der freien Gewerkschaften? Werden sie diesen Vorstoß der Unternehmer abwehren? Keine Spur! In Hüttenberg, Donawitz, Stockerau, Graz, Café Prückel, haben sie ja dem Antiterrorgesetz vorgearbeitet und jetzt wissen sie nur zu sagen: „O, Herr Vaugoin komme nur in das Parlament mit seinen drei Paragraphen! Man wird dann ausgiebig von Terror reden.“ Aber dagegen kämpfen, das wird die Sozialdemokratie nicht.

In der Demokratie sind vor dem Gesetze alle Staatsbürger gleich, der Gelbe hat nicht mehr Anspruch auf Schutz, als der anständige Mensch, so schrieb die „A.-Z.“ am 5. Februar 1928, nach den Erfahrungen einer zwölfjährigen Demokratie....

Es ist an der Zeit, daß die sozialdemokratischen Arbeiter die Politik ihrer Partei gründlich überprüfen. Lernet aus der Zähigkeit und Entschlossenheit der Unternehmer, die uns Arbeitern eine Position nach der andern abringen, während die Sozialdemokratie, besorgt um die „Volkswirtschaft“, die Arbeiterklasse wehrlos dem Faschismus preisgibt. Zuerst Mieterschutzbruch, dann Schoberverfassung, dann Antipreßgesetz und jetzt „Antiterrorgesetz“! Arbeiter, wie lange noch?

## Neuwahlen.

Die einzige positive politische Losung, die die Sozialdemokratie heute stammelt, sind die Neuwahlen. Spart euch den Groll auf für die Neuwahlen, so sucht sie die Arbeitslosen zu trösten und — hinzuhalten.

Auch die Bourgeoisie trifft „Wahlvorbereitungen“: nach Einführung der Polizeiwählerliste soll jetzt eine Wahlreform drankommen zur Vergrößerung der kapitalistischen Wahlchancen (Wien soll weniger, die schwarzen Gebiete sollen mehr Mandate bekommen und zehntausende Arbeiter sollen durch eine verkappte Selbsthaftigkeitsklausel um das Wahlrecht gebracht werden.)

Die Wahlen wirklich machen, wird die Bourgeoisie allerdings erst dann, bis ihre Chancen am größten sind, z. B. mit der Anleihe in der Hand.

Die Stimmzettelschlacht wird dem Wesen nach nichts ändern, das weiß die Sozialdemokratie. Aber die Parole der Neuwahl hat doppelten Vorteil. Gewinnt die SP an Stimmen, dann kann sie die Massen weiter an der Nase halten mit der alten Leier: ausharren, die Mehrheit wird schließlich unser sein. Verliert die SP an Stimmen, dann hat sie die großartige Ausrede: da die Wähler selber ihr eigenes Interesse nicht verstehen, so ist nichts zu machen.

Die Losung der Neuwahl ist heute das politische Hauptmittel womit die SP ihren Bankrott als einer proletarischen Klassenpartei vor den Massen maskiert. Dabei ist gar nicht sicher, ob die Bourgeoisie überhaupt noch Wahlen macht.

## „Wohnbauförderung“.

Mittels der Wohnbauförderung hat die Sozialdemokratie die Mieter überredet die gewaltige Zinserhöhung und die vielen sonstigen Verschlechterungen des Mieterschutzes in Kauf zu nehmen. Nun entpuppt sich die berühmte Wohnbauförderung, wie jeder ernste Arbeiter voraussah, als Schwindel. Die Mieter haben den Zinsgroschen zu zahlen, aber gefördert wird damit der Villenbau der Reichen. Die Gemeinde Wien z. B. bekommt nicht einen Groschen, obwohl Wien 80 Prozent des Zinsgroschens aufbringt. Nur wenn die Gemeinde die Bauordnung und die Bodenwertabgabe nach den Wünschen der Bourgeoisie abändert, nur dann wird sie etwas aus dem Wohnbauförderungsfond bekommen, haben die Christlichsozialen frech offen verlautbart. Das heißt wenn die Gemeinde den Kapitalisten neue Milliarden geschenke macht.

So schauen die Ergebnisse der sozialdemokratischen Politik für die Arbeiter aus.

## Abrüstungskomödie.

Bei der Londoner Konferenz bemühen sich die Vertreter der kapitalistischen Staaten, allen voran die sozialdemokratischen mit Mac Donald an der Spitze, etwas herauszufinden, womit man den Massen irgendeine Abrüstung vortäuschen könnte. Bisher haben sie nichts gefunden, aber irgendeinen Schwindel werden sie schon zusammengedestillieren. Die imperialistischen Kriegsrüstungen gehen deshalb ungestört weiter, mit Hilfe der Sozialdemokratie, versteht sich, siehe in Frankreich Boncour und in Deutschland die Panzerkreuzer.

Vor paar Wochen hielt der Generaloberst Seekt einen Vortrag vor den schweizerischen Offizieren, worin er ihnen auseinandersetzte, daß der nächste imperialistische Krieg mit kleinen Berufsarmeen werde geführt werden müssen, weil die Einbeziehung der Massen in die Armee die Gefahr eine (kapitalistische) Staatskatastrophe bedeute. Der Krieg werde müssen schnell durchgeführt werden, bevor noch die Massen in Bewegung kommen. ....

Es ist derselbe Abrüstungsschwindel wie 1908 im Haag. Sechs Jahre darauf — 1914 — kam der erste imperialistische Weltkrieg. Wir zweifeln, ob nach dem Abrüstungsschwindel im Haag und London 1930 der zweite imperialistische Weltkrieg sechs Jahre auf sich warten lassen wird.

**Ist das Kampf gegen die Arbeitslosigkeit?**

Seit einigen Wochen tut die Sozialdemokratie in ihrer Presse so, als wenn sie die Arbeitslosigkeit bekämpfen würde. Dabei sei sie die Arbeitslosen ein, daß sie ja glauben sollen, es geschehe etwas für sie. In ihrer gesamten Presse (auch der gewerkschaftlichen) läßt sie Forderungen hineindrucken, aber von einem wirklichen Kampf dafür ist gar nichts zu merken. Dafür ein Gewinsel über mangelndes Verständnis bei den Kapitalisten und über die Heimwehr, daß die Arbeiter erst die Stimmzettelmehrheit haben müssen und dgl. mehr gebrauchen sie, um ihre kleinkapitalistische Politik vor den Arbeitern maskieren zu können. Gas und Lichtstrom verteuert die Sozialdemokratie durch die Zählergebühr, wo der Kapitalist gleichviel belastet wird wie der Arbeiter in der kleinsten Wohnung. Früher konnte der arbeitslose Familienvater einen ersparten Fahrschein benützen, um mit seinem Kinde in die frische Luft hinauszufahren. Jetzt gibts das nicht mehr. Jetzt mußst du Arbeitsloser bezahlen, genau so wie jeder der in dieser Republik glänzend verdient. Warum läßt die Gemeinde Wien die Organe der Sicherheitswache frei fahren und spart nicht lieber bei ihnen? Die Ueberstunden bekämpft die Sozialdemokratie nur am Papier und in den Genfeinbetrieb werden genau so Ueberstunden geschunden wie bei den Privatkapitalisten. Und da traut sich die „A.-Z.“ täglich zu schreiben: „Die Arbeiter-Zeitung für die Arbeitslosen!“ — aber nicht um sie aufzurufen zum gemeinsamen Kampf mit den Betriebsarbeitern, nein, sondern — abonnieren sollen die Arbeitslosen die „Arbeiter-Zeitung“, die täglich die Arbeiter preisgibt und sie noch verhöhnt, wenn sie kämpfen wollen. Arbeiter merkst du noch nicht wohin die Sozialdemokratie steuert? Antworte in der „Arbeiter-Stimme“ und zähle mir nur einen einzigen Erfolg auf, den wir Arbeiter verzeichnen können in den letzten Jahren. Arbeiter und Arbeiterinnen, wenn unsere Lage sich verbessern soll, so nur im Kampf gegen das Kapital und gegen die, die die Arbeiter seit 1918 angeblich zum Sozialismus führen, in Wirklichkeit aber die besten Helfer der Bourgeoisie sind und dabei ein nicht unangenehmes Leben führen. Ein Arbeitsloser.

**Titanic.**

Gerade jetzt wird der Film vom Untergang der Titanic gespielt, alle Schrecken der Katastrophe vermischt mit Wiener Humor gleiten über die Leinwand. Doch warum das stolze Schiff untergegangen ist, wißt ihr nicht. Das wissen nur diejenigen, die das Tiroler Zeigroschenblatt, das Klosterschwesterin in den Häusern kolportieren, gelesen haben. Ich will es euch, die ihr der Gnade, dieses christliche Blättchen zu erhalten, nicht teilhaftig geworden seid, ver-raten. Die Titanic ist untergegangen, weil (bekreuzigt euch), weil Arbeiter beim Schiffsbau gotteslästerliche Sprüche an die Schiffswand der Titanic gemalt haben und Gott — wie dieses Blättchen schreibt — läßt seiner nicht spotten! A. S XXI.

**Der Freispruch der „Roten Fahne“.**

Die „RF“ sieht in dem Freispruch ihres verantwortlichen Redakteurs von den 29 Hochverratsanklagen den Ausspruch der Geschworenen, daß die Politik der stalinistisch geführten KP richtig sei. Wer sind die Männer, die auf der Geschworenenbank saßen? Bourgeois und Sozialdemokraten, das heißt Kleinbürger oder im besten Falle kleinbürgerlich eingestellte Arbeiter. Der Freispruch durch die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Geschworenen bedeutet politisch: diese (stalinistische) „Rote Fahne“, mag schreiben was sie will, sie ist uns (der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum) absolut ungefährlich. Dieses Urteil ist politisch leider richtig.

**Aus Trotzky's Erinnerungen.**

Auszüge aus Trotzky's Buch „Mein Leben“. 1907 bis 1914 in Wien.

Schluß.

**Lenin gegen Stalin.**

Lenin hat Stalin erst nach dem Oktober richtig erkannt. Er schätzte dessen Härte und praktischen Verstand, der zu dreiviertel aus Schlauheit besteht. Gleichzeitig stieß Lenin bei jedem Schritt auf die Stalinsche Unwissenheit, äußerste Enge des politischen Horizontes und außerordentliche moralische Plumpheit und Skrupellosigkeit. Auf den Posten des Generalsekretärs war Stalin gegen den Willen Lenins gewählt worden, der es nur duldete, solange er selbst an der Spitze der Partei stand. Aber nach dem ersten Schlaganfall mit beeinträchtigter Gesundheit zur Arbeit zurückgekehrt, beschäftigte Lenin das Problem der Führung in seinem ganzen Umfange. Daher sein Gespräch mit mir. Daher auch das Testament. Dessen letzte Zeile wurde am 4. Jänner geschrieben. Danach vergingen noch zwei Monate, und in dieser Zeit klärte sich die Lage völlig. Jetzt bereitete Lenin nicht nur das Absetzen Stalins vom Posten des Generalsekretärs vor, sondern auch dessen Disqualifizierung von der

**Warum wir eine Position nach der anderen verlieren.**

Ein Gespräch zwischen zwei Arbeitern.

Freundschaft! — Servus Fritz! Wie gehts? Hast Dich über unsere letzte Auseinandersetzung schon zurechtgefunden?

Fritz: Nicht ganz. Die Ursache liegt vielleicht darin, weil ich mich nur mit gewerkschaftlichen Problemen beschäftigt habe; mit rein politischen beinahe garnicht. Ich habe jetzt erst angefangen, mich mehr für die Politik zu interessieren. Wie ich das letztmal von Dir weggegangen bin, kann ich Dir sagen: war ich ganz konfus; da habe ich mich momentan garnicht ausgekannt. Am schwersten ist mir die Frage über den Klassencharakter meiner Partei. Du sagst, sie ist keine proletarische sondern eine kleinbürgerliche Partei, ich sehe aber und das muß auch Du zugeben, daß 90 Prozent des österreichischen Proletariats in ihr vereinigt sind und daß zu ebensoviel Prozent die Partei aus Proletariern besteht. Siehst Du da nicht den Widerspruch in Deiner Auffassung?

Hans: Du hast recht, daß die große Masse des österreichischen Proletariats in der SP organisiert ist, aber das ist nicht ausschlaggebend in Bezug auf den Klassencharakter einer Partei. Bestimmend für den Klassencharakter einer Partei ist nicht ihre Zusammensetzung, sondern ihre Politik ist in erster Linie ausschlaggebend, die Frage zu wessen Vorteil ihre Politik führt. Denk' an 1918, damals lag die ganze Bourgeoisie am Boden, damals zitterte sie vor der bewaffneten Faust des Proletariats und heute werden wir von derselben Bourgeoisie niedergeknepelt. Wer ist stark geworden durch die Politik der Sozialdemokratie: das Proletariat oder die Bourgeoisie?

Fritz: Das ist ja wahr, wir haben in der Beziehung große Fehler gemacht, das sehen wir ja alle selbst ein, aber Du darfst auch die Lage nicht vergessen, in der wir damals waren, dann wirst auch Du etwas anders urteilen.

Hans: Das Argument ist nicht stichhältig. Wir waren wohl in einer Notlage, aber das war doch keine Ursache, den Arbeiterrat, das Proletariat zu entwaffnen und die Waffen unseren Gegnern auszuliefern, während man andere bürgerliche Organisation bewaffnet ließ, während man den ganzen Staatsapparat der Monarchie nicht antastete. Das ist die Ursache, warum das Kapital sich so leicht wieder emporarbeiten konnte. Nur Dank der unmarxistischen Politik Deiner Partei! Betrachte nur die Bürgerlichen, von denen könnt' ihr lernen, wie man Klassenpolitik macht. Dieser simple Trainoffizier Vaugoin, den die „Arbeiter-Zeitung“ so gern lächerlich macht, zeigt euch vielleicht am deutlichsten, wie man es machen muß, wenn man seine Klassenposition behaupten will. Er entfernt alles, was den Kapitalisten nicht unbedingt verlässlich ist aus der Wehrmacht und so geschieht es im ganzen Staatsapparat.

Fritz: Die revolutionäre Umkämpfung des Staatsapparates im proletarischen Sinne läßt sich aber nicht vereinbaren mit dem Grundprinzip der Partei, der Demokratie.

Hans: Siehst Du, das was Deine Partei von 1918 bis heute gemacht hat sind keine Fehler, sondern eine bewußte Politik. Eine Politik, aus der nicht das Proletariat, sondern das Bürgertum den Nutzen hat. Wenn es nur Fehler wären, könnte die Partei sie korrigieren, sie kann sie aber nicht korrigieren, weil es nicht Fehler sind, sondern eine grundsätzliche, eine klassenmäßige eben kleinbürgerliche Einstellung ist. Durch ihre prinzipielle Einstellung hat sie aufgehört eine marxistische, proletarische Partei zu sein. Sie ist durch ihre Einstellung nicht mehr imstande die Klassenposition des Proletariats zu behaupten, noch viel weniger kann sie das Proletariat zur Macht führen.

Fritz: Und wenn wir bei den nächsten Wahlen die Mehrheit bekommen und die Gesetze nach unseren Wünschen und Bedürfnissen bestimmen, was werdet ihr dann sagen?

Hans: Ihr könnt' hundertmal die Mehrheit haben, regiert wird nicht nach Eurem Willen werden, sondern nach dem Willen der Kapitalisten. Brauchst es mir nicht glauben, lese die „Arbeiter-Zeitung“ vom 1. Jänner 1930. Dort schreibt Bauer im Leitartikel: „Gibt es einen lehrreicheren Anschauungsunterricht zwischen Demokratie und Kapital, zwischen Volksherrschaft und Bankherrschaft, als die Tatsache, daß die deutsche Industrie in atemlosen Tempo wächst, die deutsche Republik aber kein Geld gehabt hätte, am 1. Jänner ihre Beamten zu bezahlen, wenn sie sich nicht dem Willen des Herrn Schacht gebeugt hätte? Gibt es etwas aufreizenderes als dieses Bild: die deutsche Privatwirtschaft blüht, — die Staatswirtschaft stockt und verdorrt, ein Wink des Reichsgewaltigen und der Staatshaushalt bricht zusammen? Was politische Parteien, was Parlament! Die mögen Koalition bilden, eine Regierung einsetzen, nach den Grundsätzen der Demokratie regieren und verwalten — aber sie müssen gehorchen, wenn Schacht und Morgan diktieren!...“

Fritz: Das habe ich garnicht gelesen. Wenn meine Partei das aber schon selber sieht, kann ich aber nicht verstehen, warum sie trotzdem ihr Hauptgewicht auf die Wahlen legt und gerade jetzt wieder von Neuwahlen spricht und alle Hoffnungen auf sie setzt. Jetzt bin ich wieder genau so blöd wie vorher.

Hans: Ich will versuchen Dir zu helfen, Dich zurechtzufinden. Betrachte die Sache einmal von einer anderen Seite und Du wirst vielleicht besser sehen und leichter erkennen. Die Sozialdemokratie hat das Proletariat aus der direkten Gefolgschaft des Bürgertums losgelöst. Heute ist das internationale Proletariat in selbständigen Organisationen organisiert. Bis zu diesem Punkt war die SP imstande das Proletariat aufwärts zu führen. Von da ab sehen wir die Wandlung in der Partei, sehen das Einströmen bürgerlicher Elemente in sie, sehen in ihr das Nebeneinander von Ausgebeuteten und Ausbeutern, sehen das Emporklimmen der Führer, des Apparates, zu bürgerlicher Lebensweise, sehen das Hineinwachsen der Führer und des ganzen oberen Apparates in die Lebensgewohnheiten und in das Denken und Fühlen des Bürgertums. Aber sie brauchen die Masse, ohne der Masse sind sie niemand. Daraus erklärt sich auch ihr unerbitterlicher Kampf gegen jeden revolutionären Arbeiter. Denn ihr Selbsterhaltungstrieb gebietet ihnen, obenauf zu bleiben, sich zu behaupten. Die Sozialdemokratie treibt kleinbürgerliche Politik, ist eine kleinbürgerliche Partei. Heute stehen die Arbeiter vor der Aufgabe, sich vor der Gefolgschaft des Kleinbürgertums zu lösen, eben der Sozialdemokratie, und ihre Partei zu bilden, die proletarische Klassenpartei, die kommunistische Partei. Dieser Prozeß ist viel schwerer als die Loslösung aus der direkten Gefolgschaft des Bürgertums. Denn den Klassenunterschied zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu erkennen, das war verhältnismäßig leicht. Aber zu erkennen, daß seine grundlegenden Interessen das Kleinbürgertum trotz alles Schwankens zur Bourgeoisie ziehen, das ist für die Arbeiter viel schwerer, weil es viele Punkte gibt, wo die Interessen der Arbeiter und der Kleinbürger zeitweise und teilweise sich decken.

Fritz: Ich muß eingestehen, ich habe schon oft gezweifelt an der Partei, weil ich so viele Fehler sah, doch konnte ich mir ihre Ursachen nicht erklären, und so geht es nicht nur mir, sondern tausend ehrlichen Proletariern, die so wie ich die Partei für unser Heiligstes halten. Ich sehe, Du hast recht. Und doch wäre ich momentan nicht imstande aus der SP auszutreten, weil mich trotz allem so vieles mit ihr verbindet. In erster Linie meine Kollegen, mit denen ich so viele Jahre in der Partei zusammen gearbeitet habe. Doch eines versprich ich Dir, ich werde Deinen Gedanken unter meinen Kollegen weiterverbreiten, in die Partei hineinragen und ich hoffe, daß es nicht

in der nationalen Frage, in der Frage des Parteipartei. In der Frage des Aussenhandelsmonopols, regimes, in der Frage der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Kontrollkommission lenkte Lenin systematisch und nachdrücklich die Sache dahin, auf dem zwölften Kongreß in der Person Stalins dem Bürokratismus der Klikenwirtschaft, der Beamtenherrschaft, der Eigenmächtigkeit, der Willkür und der Grobheit den vernichtenden Schlag zu versetzen.

**Die Verschwörung gegen Trotzky.**

Im späteren Kampfe Sinowjews und Kamenjews gegen Stalin wurden die Geheimnisse der Periode von den Teilnehmern an der Verschwörung selbst aufgedeckt. Es war wirklich eine regelrechte Verschwörung. Man gründete ein geheimes politisches Büro (einen Siebenerkopf), das aus allen Mitgliedern des Offiziellen politischen Büros bestand außer mir; statt meiner hatte man Kujbyschew, den jetzigen Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates, hinzugenommen. Alle Fragen wurden von dieser geheimen Zentrale, deren Mitglieder eine Versicherung auf Gegenseitigkeit eingegangen waren, im voraus beschlossen. Sie waren verpflichtet gegeneinander nicht zu polemisieren, gleichzeitig aber Anlässe zu suchen gegen mich aufzutreten. In den lokalen

Organisationen bestanden ebensolche geheime Zentren, die mit dem Moskauer „Siebenerkopf“ durch strengste Disziplin verbunden waren. Man verkehrte mittels besonderer Geheimschrift. Es war eine festgefügte illegale Organisation innerhalb der Partei, die anfangs nur gegen einen einzelnen Menschen gerichtet war. Die verantwortlichen Partei- und Staatsarbeiter wurden sorgfältigst unter dem einen Gesichtspunkt ausgesiebt: gegen Trotzky. Während des anhaltenden „Interregnums“, das durch die Krankheit Lenins entstanden war, wurde diese Arbeit unermüdlich, aber behutsam und verschleiert geführt, um im Falle von Lenins Genesung die unterminierten Brücken unangetastet zu lassen. Die Verschwörer verständigten sich durch Anspielungen. Von dem Kandidaten für den einen oder anderen Posten verlangte man, daß er errate, was man von ihm wünschte. Wer es „erriet“, kam hoch. So entstand eine besondere Art des Karrierismus, die später offen den Namen erhielt: „Antitrotzkismus“. Erst der Tod Lenins hat diesem Geheimbund völlig die Hände freigegeben, indem er ihm erlaubte, an die Oberfläche zu kommen. Der Prozeß der Personalauselese setzte sich nun um eine Stufe tiefer fort. Man konnte schon den Posten eines Fabriksdirektors, des Sekretärs einer Gewerkschaftszelle, des Vorsitzenden eines Dorf-

gar lange dauern wird bis uns wir alle ehrlichen und klassenbewußten Arbeiter in einer Front vereinigen werden, unter dem Banner Marx und Lenins.

Hans: Damit Dir diese Aufgabe, die Du Dir nun freiwillig stellst, leichter wird, lade ich Dich zu unseren Bildungsabenden, die jeden zweiten Freitag im Gasthaus Aumann, XVI., Hasnerstraße 46 stattfinden, ein. Diese Abende sind so interessant und lehrreich, daß sie kein denkender Arbeiter versäumen sollte. Ankündigungen findest Du in unserem Blatte der „Arbeiter-Stimme“.

H K. XXI.

### „Staatshotel“ S 3.50.

Es gibt Arbeitslose, denen der Staat eine tägliche Arbeitslosenunterstützung von S 2.30 gewährt. Die Unterstützung soll ihm ermöglichen, das Leben zu fristen. Kommt der Arbeitslose nicht aus und erlaubt er sich sein Auskommen dadurch zu finden, daß er durch Gelegenheitsarbeit einige Groschen dazu verdient, so ist es Betrug, wenn er sich nicht abmeldet. Diebstahl heißt es, wenn er nicht verhungern will und irgendwo für sich etwas zum Essen entwendet. Beide Delikte tragen ihm Arrest- und Kerkerstrafen ein.

Auch wandert derjenige ins Loch, der gegen die unerhörte Ausbeutung aufmuckt. Wenn er dagegen demonstriert oder auffordert der Heimwehr mit denselben Mitteln entgegen zu treten, die diese Bande gegen die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter anwendet.

Kurzum, wer mit den elenden Löhnen oder mit der vom Staat vorgeschriebenen Unterstützung nicht rauskommt und sich dagegen wehrt, wird eingesperrt.

Und ist er dann im Arrest, bekommt er eine Kost, die der ausgehungerte Arbeiter erst nach einigen Tagen verschärfter Hungerkur zu sich nehmen kann.

Das Eingesperrt werden soll dem Proleten kein Vergnügen mehr sein, darum gibt man ihm das allerbilligste Fressen. Aber nicht vielleicht umsonst. Weit gefehlt. Er muß dafür zahlen. Wieviel, das berechnet wieder der Staat. Und beim Ausrechnen entdeckt der Staat plötzlich, daß S 2.30 für die mindeste Kost zu wenig sind und er errechnet, daß das mindeste Fressen eines Arbeiters täglich S 3.50 kostet.

Kaum in Freiheit gesetzt, kommt ein blauer Wisch, das ist der Zahlungsauftrag. (Sie werden aufgefordert, die Kosten des Strafvollzugs S 3.50 täglich zu bezahlen.)

Laut Berechnung des Staates kann ein Arbeitsloser mit S 2.30 täglich auskommen. Warum rechnet er demselben Arbeitslosen für das Fressen im Arrest S 3.50 täglich?

Beran Fr., XVI.

## Osterreich.

**Heimwehrkommandant — Millionendefraudant.** Major a. D. Foitl hat als Steuerinspektor in Mistelbach zwei Millionen Steuergelder in seiner Tasche verschwinden lassen. Die Kapitalisten hatten es bei ihm ausgezeichnet, um wie viel Millionen Steuergelder sie sich so „gedrückt“ haben, ist bis jetzt nicht festgestellt. Foitl war Kommandant der Mistelbacher Heimwehr.

**Das kapitalistische Benzollattentat.** Bisher sind fünf Arbeiterinnen dem Attentat des Fabrikanten Hörnes erlegen und 13 liegen noch in Lebensgefahr. Der biedere „Arbeitgeber“ wurde auf freien Fuß gesetzt, obwohl er Ausländer ist und obwohl er auf ganz ähnliche Weise in Preßburg 14 Arbeiterinnen getötet: da er alle Schutzvorschriften in seiner Profitwut mißachtet hatte, explodierte seine Gummifabrik. Nun wiederholte er sein Attentat mittels giftiger Benzoldämpfe.

**Osterreich ein Armen- und Krankenhaus.** Sagt Alt-Staatskanzler Karl Renner... Armenhaus: für wen? für die Herren von der Kreditanstalt, der Eskomptebank, des Wiener Bankvereines? Für die Starhembergs? Für die Piffels? Krankenhaus: für die diversen Rivierereisenden aus Osterreich? Die Arbeitermassen und die Mittelschichten sind arm und krank,

Exekutivkomitees, eines Buchhalters, einer Schreibmaschinistin nicht mehr einnehmen, wenn man sich nicht als Antitrotzkyst ausweist.

Parteimitglieder, die gegen diese Verschwörung die Stimme erhoben, wurden Opfer heimtückischer Attacken, natürlich unter ganz anderen, nicht selten erfundenen Vorwänden. Moralisch schwankende Elemente dagegen, die im ersten Jahrfünft der Sowjetmacht schonungslos aus der Partei vertrieben worden wären, sicherten sich jetzt Positionen lediglich durch eine feindselige Bemerkung gegen Trotzky.

Die gleiche Arbeit wurde seit Ende 1923 in allen anderen Parteien der Kommunistischen Internationale geleistet: die einen Führer wurden abgesetzt, die anderen rückten auf ihren Posten, je nachdem, ob sie für oder gegen Trotzky waren. Es vollzog sich eine künstliche Auslese nicht der Besten, sondern der Anpassungsfähigsten. Der allgemeine Kurs führte zum Ersatz selbständiger und begabter Menschen durch Mittelmäßigkeiten, die ihre Stellungen nur dem Apparat zu verdanken hatten. Als vollkommenster Ausdruck einer Apparatmittelmäßigkeit erhob sich Stalin...

### Die Reaktion.

Im Lande selbst vollzogen sich Prozesse, die man insgesamt als Reaktion bezeichnen kann. Diese

aber den Kapitalisten in Osterreich geht es vorzüglich. Es ist kein Zufall, daß Renner dies nicht auseinanderhält.

**Verbundlichung der Polizei.** In Fortsetzung ihres unermüdeten „Kampfes gegen die Bourgeoisie“ hat die Sozialdemokratie die Gemeindepolizei von St. Pölten und Villach an Schober bereits ausgeliefert. Steyr soll demnächst folgen...

**Die Gegensätze im Heimwehrlager.** Dem Kampf ausweichen, darin erschöpft sich der „Kampf“ der Sozialdemokratie. Darum baut sie auf die Reibungen und Spannungen in der Heimwehr. Solche sind vorhanden, aber es wäre gefährlich wenn die Arbeiter das überschätzen würden. Die Differenzen in der Heimwehr signalisieren keineswegs eine Schwächung der Faschisten, sondern sind ein Ausdruck des Kampfes um die Führung der Heimwehr zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie. Dieser Kampf ist im wesentlichen zu Gunsten der Seipelrichtung entschieden, d. h. zu Gunsten des faschistisch-klerikalen-monarchistisch-habsburgischen Flügels der Bourgeoisie.

## Ausland.

**Hitler als bestochener Nationalverräter gerichtlich erwiesen.** In dem vor dem Amtsgericht in Ingolstadt geführten Prozeß wurde bewiesen, daß Hitler gegen Geld von Mussolini die Agitation für die Befreiung Südtirols aufgegeben hat und bereit war gegen Geld von Horthy Burgenland an Horthy auszuliefern. Die österreichischen Hitlerjünger haben an dem Sündengeld und an Verrat teilgenommen. So schauen sie aus, die: „National“ — „Sozialisten“...

**Kommunisten dürfen nicht einmal Gemeindevorsteher sein.** So hats der reichsdeutsche Innenminister Grzeczinski, ein Sozialdemokrat, angeordnet. Das heißt selbst wenn die Mehrheit der Gemeindevähler einen Kommunisten zum Vorsteher einer Gemeinde wählt, so ist dies ungültig von staatswegen, von wegen der „demokratischen Republik“ Deutschland. Vor Jahren hat der Hohenzoller Wilhelm dasselbe verordnet gegen die Sozialdemokratie wegen ihrer — Staatsgefährlichkeit. Heute ist die SPD der beste Kettenhund der Klassenrepublik.

**Fälschung von sowjetrussischem Geld ist von Bourgeoisie wegen straflos.** Seit Jahren treibt die Weltbourgeoisie durch ihren Geheimapparat eine tückische Offensive gegen Sowjetrußland: durch massenhaftes Verfälschen von Sowjetgeld soll der proletarische Staat ruiniert werden. In letzter Zeit ist eine solche Blase aufgefliegen. Die Gefahr war da, daß das tückische Treiben der Kapitalistenklasse sichtbar wird. Nun das Berliner Gericht hat die Fälscher freigesprochen. Aber das genügt nicht. Um das Spiel zu verdecken blies die Bourgeoisie der ganzen Welt eine Kampagne an und die internationale Sozialdemokratie half ihr wacker mit — daß Sowjetrußland Dollar fälsche. Und um die Maske noch dichter zu machen setzt die Weltbourgeoisie ihre Kampagne jetzt fort mit dem Schwindel vom verschwundenen General Kutiepow.

**Wachsende Arbeitslosigkeit in Amerika.** Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Vereinigten Staaten von einer sehr tiefen Produktionskrise ergriffen sind. Amerika ist nicht mehr im Stande die Waren, die es bei vollen Leistungsgrad seines Produktionsapparates erzeugen könnte, mit Profit abzusetzen. Die Exportoffensive, um mit den amerikanischen Waren die fremden Märkte zu überfluten hat schon begonnen, sie muß alle Gegensätze gewaltig steigern.

**Werbet für die „Arbeiter-Stimme“**

## Aus der Opposition.

Samstag, den 8. Februar ist unser Genosse

**Martin Graf †**

nach langer Krankheit verschieden. Schweres Leiden hatte er als Invaliden aus dem imperialistischen Krieg heimgebracht. Dennoch aber trat er sofort in die Reihen der proletarischen Kampffront, in die Kommunistische Partei und wurde einer der tüchtigsten Funktionäre der Bezirksorganisation Meidling. Als der Kampf um die Gesundung der Partei begann, schloß er sich der Opposition an und wirkte auch in dieser außerordentlich aktiv. Trotzdem er lungenleidend war, ging er treppauf und treppab, um die „Arbeiter-Stimme“ unter den Arbeitern zu verbreiten. Erst als sich sein Leiden zu sehr verschlimmerte, da erst legte er sich aufs Krankenlager. Aber bis zum letzten Atemzug verfolgte er alle unsere Bemühungen mit größtem Interesse. Er war ein richtiger Prolet, ein Kämpfer, in dem die Glut der Hingabe an die proletarische Revolution nie versiegte — bis ihn der Tod dahinriß. Wir fühlen mit seiner Gattin und seinen fünf Kindern. Sein Andenken wird in uns weiterleben.

### Zentraler Diskussionsabend:

Freitag, den 21. Februar, 7. und 21. März, 4. und 18 April, abends halb 8 Uhr. Thema: Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes. Leiter: Genosse Frey.

**Preßfonds:** Ungenannter S 1.—

**Richtigstellung.** In dem Artikel Lenin — Liebknecht — Luxemburg in Nr. 49 soll es richtig lauten: Trotzky, der gemeinsam mit Lenin die russischen Arbeiter und Bauern zum Roten Oktober führte.



**Arbeiterkulturband „Spartakus“**

Zentraler Sitz:

Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47

Auskünfte und Aufnahmen jeden Mittwoch und Freitag von 7 bis 10 Uhr abends.

**Aus den Statuten § 1: Der Arbeiterkulturband „Spartakus“ hat den Zweck, marxistische Kulturarbeit zu leisten.**

**Bildungsarbeit:** Freitag, 21. d., in Aumanns Saal: Diskussionsabend.

**Wandergruppe:** Ueber Ausflüge und Zusammenkünfte jeden Mittwoch und Freitag in Fanowitsch Gasthaus, XVI., Koppstraße 47.

**Bibliothek:** Bücherausgabe jeden Freitag in der Zeit von 7—8 Uhr abends, in Fanowitsch Gasthaus.

## Russisches Tanzfest

Sonntag, den 23. Februar 1930, in Aumanns Sälen, Wien XVI., Hasnerstraße 46.

(Russische Kostüme erwünscht.)

**Beginn: 5 Uhr Eintritt: S 1.— Kassa: S 1.20 A. K. B. „Spartakus“**

Eigentümer Kommunistische Partei Osterreichs (Opposition) — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236 — Verantwortlicher Redakteur: Franz Kralik, Wien, V., Castellgasse 3 — Druck: Buch- und Kunst-Druckerei „Donau“ (Stadler & Co.), Verantwortlicher Leiter Friedrich Stadler, Wien, III., Custozzagasse 8.

Prozesse erfaßten mehr oder weniger auch die Arbeiterklasse, darunter auch ihren in der Partei organisierten Teil. Bei jener Schicht, die den Apparat bildete, entwickelten sich eigene Ziele, denen sie die Revolution unterordnen strebten. Zwischen den Führern, welche die historische Linie der Klasse verkörperten und über den Apparat hinauszublicken vermochten, und dem Apparat, riesenhaft schwerfällig, in seiner Zusammensetzung verschiedenartig, der Durchschnittskommunisten leicht aufsaugend, begann sich ein Zwiespalt herauszubilden. Anfangs hatte er einen mehr psychologischen als politischen Charakter, der gestrige Tag war noch zu frisch. Die Parolen des Oktober hatten sich noch nicht aus der Erinnerung verflüchtigt. Die persönliche Autorität der Führer der ersten Periode war groß. Unter der Hülle der traditionellen Formen wuchs jedoch eine neue Psychologie heran. Die internationalen Aussichten verblaßten. Die Alltagsarbeit verschlang die Menschen völlig. Neue Methoden, die den alten Zielen dienen sollten, schufen neue Ziele und vor allem eine neue Psychologie. Die jeweilige Etappe begann sich für viel zu viele in eine Endstation zu verwandeln. Es entstand ein neuer Typus.

Ich beschränke mich hier auf die psychologische Seite der Sache und lasse die soziale Grundlage

beiseite, das heißt die Veränderung der Anatomie der revolutionären Gesellschaft. Letzten Endes entscheiden natürliche diese Veränderungen. Unmittelbar jedoch stößt man zuerst auf ihre psychologische Widerspiegelung. Die inneren Ereignisse entwickelten sich verhältnismäßig langsam, dadurch der oberen Schicht die molekularen Prozesse der Umwandlung erleichternd und die Gegensätze der zwei unversöhnlichen Positionen den Augen der breiten Masse verbergend. Man muß noch hinzufügen, daß die neuen Stimmungen lange Zeit von den traditionellen Formeln verdeckt blieben; sie sind es zum Teil noch jetzt. Das macht die Feststellung, wie weit der Prozeß der Verwandlung gediehen war, umso schwieriger. Die thermidorianische Verschwörung am Ende des 18. Jahrhunderts (von dem vorherigen Gang der Revolution vorbereitet) vollzog sich mit einem Schlag und nahm die Form einer blutigen Lösung an. Unser Thermidor bekam einen schleichen Charakter. Die Guillotine wurde, mindestens vorläufig, durch die Intrige ersetzt. Die systematische nach der Methode des laufenden Bandes organisierte Fälschung der Vergangenheit wurde eine neue Waffe im neuen geistigen Rüstzeug der offiziellen Partei.